

## Inhalt

	A Einwanderungs- und B Flüchtlingspolitik .....	1
	A Einwanderungspolitik .....	2
	1. Schadet nicht Ein- bzw. Auswanderung den beteiligten Gebieten? .....	2
5	2. Warum dennoch eine Einwanderungspolitik für Deutschland und Europa? .....	2
	3. Wie müsste eine Einwanderungspolitik Europas und Deutschlands aussehen .....	6
	4. Räumliche Verteilung der Einwanderer .....	10
	5. Finanzierung .....	11
10	B Flüchtlingspolitik, Aspekte einer .....	12
	1. Flüchtlinge und Asylbewerber .....	13
	2. Einige Aspekte der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Bremen .....	15
	3. Bürokratie vor Menschenrechten: .....	16
	4. Schlussbemerkung .....	19

## A Einwanderungs- und B Flüchtlingspolitik

20 Die große Katastrophe vor Lampedusa hat mal wieder das täglich  
anhaltende Elend der Armutsfüchtlinge nach Europa in die Schlag-  
zeilen gebracht. Die Antworten der europäischen Politik waren un-  
verändert: Den maritimen Schutzwall auf dem Mittelmeer zu ver-  
stärken und in Bulgarien und der Türkei die Mauern an den Gren-  
zen wirklich zu bauen.

Kein Kommentar verhehlte, dass das weitere Katastrophen nicht  
verhindert und das Elend nicht vermindert. Das einzig sichere wä-  
re, die Armutsfüchtlinge mit Fähren oder Flugzeugen abzuholen.  
Aber das wirft die Frage auf, wen und wie viele – etwa alle, die das  
möchten? Und wohin dann mit ihnen?

Wenn die europäische Politik aber beschlossen hat, keine Einwanderer  
aufnehmen zu wollen, ist es dann nicht richtig, ungebetene  
Einwanderer abzuweisen? Wenn man solche demokratisch gefass-  
ten Beschlüsse umsetzt, dann sind doch nicht diejenigen an dem  
Elend und den Katastrophen schuld, die deutlich genug darauf hin-  
gewiesen haben und darauf hinweisen, dass es keinen Eingang  
nach Europa gibt. Dann haben es sich diejenigen selbst zuzu-  
schreiben, die sich dennoch auf den illegalen und gefährlichen Weg  
machen, und besonders diejenigen, die an den illegalen Migranten  
als Organisatoren bzw. Schlepper noch verdienen.

Aber das ist eben die entscheidende Frage an die europäische Po-  
litik:

Ist die Beschlusslage richtig, Hungerleider als Zuwanderer katego-  
risch auszuschließen?

**Einwanderung nach  
Europa und Deutsch-  
land?**

## A Einwanderungspolitik

Wenn die Diskussion darüber aus aktuellem Anlass wieder hochkocht, dann werden rhetorische Fragen gestellt. Es wird dann so getan, als wären mit den doch so eindeutigen Antworten auf diese rhetorischen Fragen alle Fragen in dem Zusammenhang beantwortet und die Diskussion damit eigentlich beendet. Das sind sie aber mitnichten. Die rhetorischen Fragen lauten etwa:

### 1. Schadet nicht Ein- bzw. Auswanderung den beteiligten Gebieten?

- a. Kann denn Europa und Deutschland durch **Einwanderung** die Probleme der Welt und insbesondere Hunger und Arbeitslosigkeit in so vielen Ländern oder gar im ganzen Kontinent Afrika lösen?
- b. In Deutschland und Europa gibt es doch genügend Arme und Arbeitslose. Soll nicht denen zuerst Brot und Arbeit gegeben werden?
- c. Bedeutet Einwanderung aus Staaten Afrikas und anderen Hungergebieten hier nicht vornehmlich eine Einwanderung in die Sozialsysteme? Und erhöhen solche Einwanderer damit die notwendigen Beiträge zu den Sozialkassen und verteuern so auch noch die Produktion und letztlich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas und damit die wirtschaftlichen Grundlagen, die überhaupt die sozialen Leistungen möglich machen?
- d. Entzieht Auswanderung den Ländern der Dritten Welt nicht gerade die jungen, aktiven und gebildeten Menschen, die ein Land zum wirtschaftlichen Aufbau braucht?
- e. Eine andere Frage ist die Asylpolitik, d.h. die Aufnahme von vor Krieg und Verfolgung fliehender Menschen, um sie aus unmittelbarer Not zu retten. Das ist eine andere Fragestellung. Sie vermischt sich aber mit der allgemeinen Einwanderung dadurch, dass der Antrag auf Asyl für viele gegenwärtig die einzige Chance bedeutet, zumindest während des Verfahrens in Europa zu überleben.

**Bekämpfung von Not und Elend zuerst in Europa?**

**Schwächt Einwanderung in Sozialsysteme Kraft zur Entwicklung und zu helfen?**

**Sind Asylbewerber von „Wirtschaftsflüchtlingen“ zu trennen?**

### 2. Warum dennoch eine Einwanderungspolitik für Deutschland und Europa?

Die scheinbar so eindeutigen Antworten auf die rhetorischen Fragen können keineswegs ein Ende der Diskussion sein. Denn die praktischen Konsequenzen sind unerträglich. Die daraus folgende praktische Politik basiert auf eigentlich unhaltbaren Zuständen im Inneren z.B. Massenarbeitslosigkeit bes. Jugendarbeitslosigkeit, und wird mit denen auch noch gerechtfertigt, funktioniert nicht, ist teuer und ist gegen die langfristigen Bedürfnisse der deutschen und europäischen Bevölkerung gerichtet z.B. Überalterung, Verfallsgebiete.

Offensichtlich funktioniert die Abwehr nicht. Die Einwanderung sucht sich Kanäle, die nicht nur für die Betroffenen Migranten selbst dann eine Katastrophe sind, wenn sie nicht untergehen. Sondern die Illegalen Formen der Einwanderung sind auch für

5 die ansässigen Europäer schlecht – und insbesondere für diejenigen, die die Einwanderung auf den Arbeitsmärkten besonders spüren. Vornehmlich die Politik, die innerhalb Europas zu Arbeitslosigkeit und starker Binnenwanderung führt, gilt es zu verändern.

- a. Das Gefälle zwischen arm und reich ist so groß, dass man die Wanderungen nicht verhindern kann. Not kennt kein Gebot.

**Not kennt kein Gebot**

10 \* Die Toten auf dem Mittelmeer sind auch unerträglich.  
\* Was nicht zu verhindern ist, muss in erträgliche Kanäle gelenkt und gesteuert werden.

- 15 b. Die oben dargestellten rhetorischen Fragen setzen die herrschenden Verhältnisse in Europa als schicksalhaft und unwandelbar voraus. Das sind sie aber nicht. Sondern sie sind nicht nur schlecht und beklagenswert, sondern sie sind hier gemacht und daher auch überwindbar. Diese Zustände zu überwinden ist gleichzeitig die Aufgabe mit einer Einwanderungspolitik. Der Pragmatismus der Politiker, ihrer Verwalter und Nachplapperer ihrer rhetorischen Fragen, hinter denen sie sich verstecken, sind nur opportunistische Anpassung an die selbst verursachten und aufrechterhaltenen Katastrophen. Es sind nur andere Worte für Unterordnung unter die und Stabilisierung der schlechten Situation in Deutschland, Europa und der Welt:

**Die Zustände im Inneren Europas, auf die sich die Fragestellungen beziehen, sind selbst unerträglich und müssen geändert werden.**

- 25 c. Die **Arbeitslosigkeit** und damit im Zusammenhang stehend die Armut auch vieler Beschäftigter in Deutschland, Europa und der Welt wird verursacht durch die Reichen, die ihr Einkommen (aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) in viel zu geringem Maße überhaupt für mit Arbeit zu schaffende Dinge wie Dienstleistungen und insbesondere für Investitionen ausgeben, und viel zu viel am Kapitalmarkt spekulieren. Es geht also darum, den wirtschaftlichen Überschuss wieder für Arbeitsplätze und Wohlstand schaffende Einrichtungen zu investieren – oder wenn das nicht möglich oder vertretbar ist – durch die Masse der unteren Einkommen zu konsumieren und nicht sie am Kapitalmarkt zu verspekulieren. Dann würde nicht nur in Deutschland schnell weitgehend Vollbeschäftigung hergestellt. (Siehe Erläuterung dazu in meinem Beitrag „Finanzkrise“, Punkt 3.2 „Nicht investierte Gewinne“ Seite 18 ff

**Arbeitslosenheere werden durch Unternehmen, Reiche und Mächtige erzeugt, nicht durch schwache, arme und machtlose Migranten.**

30 <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20090318.pdf>  
35 )<sup>1</sup>. Also **Arbeitslosigkeit und Armut und niedrige Löhne werden nicht durch Zuwanderer erzeugt**, sondern durch das Wirtschaften der wohlhabenden Unter-

<sup>1</sup> Die nicht investierten Gewinne steigen weiterhin. Nach grobem Überblick der Statistiken der EU betragen die **Nettoinvestitionen** (= Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) in Deutschland im Jahr 2012 ganze **58 Mrd. €**. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betragen laut Statistischem Bundesamt –destatis, genesis online 22.11.2013 677 Mrd. €. Selbst wenn man Steuern und Eigenverbrauch abzieht (bei einer Nettoinvestitionsquote von ca. 80% wie Anfang der 1990er Jahre), verbleiben grob geschätzt **500 Mrd. € nicht investierte und nicht verbrauchte Unternehmens- und Kapitaleinkommen. Und das Jahr für Jahr in dieser Größenordnung**. Damit könnte man über 12 Mio. Erwerbstätige mit einem Durchschnittseinkommen beschäftigen oder Jahr für Jahr 1,25 Mio. Dauerarbeitsplätze mit einer Kapitalausstattung von 400.000 € je Arbeitsplatz schaffen. Im Vergleich: Der Bund gibt im Jahr ca. 360 Mrd. € aus. Über diese Dimensionen der „Kaufzurückhaltung“ oder auch des Investitionsstreiks der Unternehmen (Nettoinvestitionsquote unter 10%) bzw. der falschen Verteilung der Einkommen spricht kaum jemand. Das ist allen offensichtlich eine Nummer zu groß. **Diese mangelnde Nachfrage schafft aber die Arbeitslosigkeit im In- und Ausland.**

nehmen und Reichen und durch die sie ermöglichenden und schützende und unterstützende Politik.

5  
10  
15  
20  
Aber auf dem durch diese Oberen so strukturierten Arbeitsmarkt stehen die Arbeitslosen oder davon Bedrohten in Konkurrenz zueinander und sehen nur ihre unmittelbaren Konkurrenten. Oder sie erkennen schon, wer sie schlecht bezahlt und mit Arbeitslosigkeit bedroht, wagen aber nicht, sich gegen Reiche und Mächtige zu wenden, nicht einmal gedanklich. Sie wenden sich eher gegen die ebenfalls Schwachen oder Schwächeren in räumlicher oder sozialer Nachbarschaft, von denen sie glauben, ihnen eher noch was abjagen zu können. Sie wählen daher teilweise Parteien, die ihnen versprechen, bestimmte Gruppen vom Arbeitsmarkt auszuschließen, insbesondere Einwanderer oder Minderheitengruppen. In der Realität schaffen sie damit einen illegalen Arbeitsmarkt, auf dem sich Unternehmer zu noch niedrigeren Kosten bedienen können. Diejenigen, die sich eigentlich durch Maßnahmen der Diskriminierung vor zusätzlicher Konkurrenz schützen wollten, werden dadurch einer noch schärferen Konkurrenz ausgesetzt.

- 25  
30  
35  
40  
45  
50  
55  
d. Trotz der faktischen Arbeitslosigkeit und schlechten Ausbildung eines viel zu großen Teils der Bevölkerung brauchen wir Einwanderung. Die Arbeitslosen und schlecht Ausgebildeten werden auch älter und können eines Tages nicht mehr arbeiten. Dann müssen neue Generationen im Erwerbsalter nicht nur die Dinge schaffen, die sie selber verbrauchen, sondern die Waren und Dienstleistungen, die die nicht arbeitsfähigen Teile der Bevölkerung brauchen, auch derjenigen, die lange Zeit arbeitslos waren. Zwar könnte mit erhöhter Produktivität der erwerbstätige Teil der Bevölkerung auch einen größeren Anteil nicht Erwerbstätiger mit genügend Lebensmitteln und Dienstleistungen versorgen. Aber die Erwerbstätigen müssten dann einen immer größeren Teil ihrer (wachsenden) Arbeitsergebnisse für die nicht-Erwerbstätigen abgeben. Die steigende prozentuale Abgabenlast wäre kaum mehr durchzuhalten. Ökonomisch gehören Kinder und in Ausbildung Stehende auch zum Teil der Bevölkerung, der vom arbeitenden (und nicht nur erwerbstätigen) Teil der Bevölkerung ernährt werden muss. Der sogenannte „Jugendquotient“ (Zahl der Kinder und in Ausbildung Stehenden im Verhältnis zu den im Erwerbsalter Lebenden) und der Altenquotient sind ökonomisch reale Belastungen des arbeitenden Teils der Bevölkerung. Wenn die Belastungen durch Alte zu groß werden, könnte die Reaktion der Arbeitenden sein, weniger Kinder zu bekommen und dadurch die ökonomische Last, die mit der Aufzucht der Kinder verbunden ist, zu vermindern. Das würde die Entwicklung zur Überalterung der Gesellschaft aber noch verschärfen. Und die Generation, die so reagiert, langfristig verschärft in das gleiche Dilemma führen, dessen Beginn wir jetzt schon miterleben.

**Demographischer Wandel, Alterung der Bevölkerung – auch der Arbeitslosen – lässt Einwanderung jüngerer Menschen als wünschbar erscheinen.**

- e. **Probleme mit der Einwanderung entstehen bei den Massentätigkeiten und den unteren Einkommensgruppen.** Die leiden besonders unter der Konkurrenz der verschiedenen Reservearmeen. Da werden die Löhne auf ein Niveau gedrückt, von dem selbst bei Ganztagsarbeit nicht mal eine Person leben kann. Geschweige denn ein Kind zusätzlich. Erst wenn der Lohn / das Gehalt eine Höhe erreichen würde, von dem nicht nur ein Mensch sondern auch sein Nachfolger leben, heranwachsen und sich ausbilden könnte, wäre das ein Einkommen, das man als angemessenen Mindestlohn ansehen könnte. In Europa gibt es schon bei Weitem zu viel Armut und Arbeitslosigkeit. Weitere Arme und Arbeitslose herein zu lassen, wäre das Hereinlassen weiterer Reservearmeen, die die Arbeitgeber auf die schon vorhandenen Niedriglöhner hetzen und deren Löhne, Gehälter, Lebens- und Arbeitsbedingungen noch weiter drücken würden. **Bedingung für eine akzeptable Einwanderung wären also effektive und ausreichende Mindestlöhne / -gehälter und – einkommen.** Viele betroffene Alteingesessene würden ohne solche Mindesteinkommen damit reagieren, dass sie mittels Rechtsparteien diese zusätzliche Konkurrenz versuchen, zu unterbinden. Ohne effektiv durchgesetzte **Mindestlöhne** wäre zusätzliche massenhafte Einwanderung eine politische Unterstützung der Rechtspopulisten.

Die Hochqualifizierten sind weniger ein Problem. Es kommen nach Auffassung der Unternehmen und Politiker eher zu wenige. Schon heute gibt es relativ wenig Hindernisse, hoch qualifizierte Arbeitnehmer auch im außereuropäischen Ausland anzuwerben und hier zu beschäftigen. Insofern wird Einwanderung ja heute schon gefördert. Es kommen bloß nicht so viele, wie angestrebt – siehe „Blue Card“ – Initiative des damaligen Bundeskanzlers Ger-hard Schröder. Das Kontingent wurde bei weitem nicht ausgeschöpft. Oder hat schon jemand davon gehört, dass ein exzellenter Fußballspieler aus Lateinamerika bei deutschen Fußballclubs nicht spielen dürfte, weil die Arbeitsagentur gesagt hätte, der Verein müsse sich aus europäischen Kickern bedienen.

In einigen EU Staaten kann man sich die Staatsbürgerschaft sogar kaufen, so in Malta für 650.000 € und in Österreich für entsprechende Investitionen.

- f. Der liberalisierte **Außenhandel**, der keinen Schutz vor Importen aus Ländern mit Lohn-, Sozial-, Steuer- und Umweltdumping vorsieht, ist eine Form des Aufeinanderhetzens von Reservearmeen von Beschäftigung Suchenden auf dem Weltmarkt. **Freihandelsabkommen** dürfen nicht über allen Regeln des Binnenmarktes stehen. Wenn die Mehrwertsteuer beim Export erstattet und beim Import aufgeschlagen wird, so müssen auch die Preise mitbestimmende Regelungen, wie Lohn-, Sozial-, Steuer- und Umweltstandards in Herkunfts- und Zielgebieten bewertet und auf importierte

**Effektiv durchgesetzte Mindestlöhne sind eine Voraussetzung für Akzeptanz von Einwanderung**

**Außenhandelsabkommen müssen interne Lohn-, Sozial-, Steuer- und Umweltstandards schützen. Keine Freihandelsabkommen ohne Abschöpfung von Lohn-, Sozial-, Steuer- und Umweltdumping.**

5 Waren und Dienstleistungen soweit aufgeschlagen  
werden, wie sie im Herkunftsland nicht entsprechend  
eingehalten werden. Bei der EEG Umlage (Erneuerbare  
Energien Gesetz), gibt es diese Exportentlastung ja  
10 schon in der Form, dass die Industrien, die im interna-  
tionalen Wettbewerb stehen, von der EEG-Umlage be-  
freit werden. Wieso werden die Warenimporte nicht  
entsprechend mit einer Umweltabgabe belastet, wenn  
15 sie z.B. mit viel dreckiger Kohle hergestellt wurden?  
Das gilt auch entsprechend für Sozialstandards: Waren  
und Dienstleistungen, die im Herkunftsland mit Löhnen  
und Gehältern erstellt werden, die bei Vollzeitbeschäf-  
tigung nicht zum Lebensunterhalt und Kinderaufzucht  
im Herkunftsland reichen und keine Kranken- und Al-  
tersversorgung beinhalten, müssen beim Import mit  
entsprechenden Abgaben belastet und verteuert wer-  
den, damit sie die einheimische Arbeit nicht zum Ver-  
schwinden bringen.

### 20 3. Wie müsste eine Einwanderungspolitik Europas und Deutschlands aussehen:

- 25 a. Grundsatz: Es müsste jedes Jahr ein Einwanderungs-  
kontingent für außereuropäische Länder geben, auf  
das sich alle Bürger aller Nationen bewerben könnten.  
Das Kontingent müsste groß genug sein, damit für die  
Bewerber eine realistische Chance bestünde, zugelassen  
zu werden. Die Kriterien der Auswahl sollte ein  
30 Punktesystem sein, dass den Interessen Europas und  
Deutschlands entspräche. Wer dennoch illegal einreist  
bzw. einwandert und dabei erwischt wird, würde aus-  
gewiesen, seine Daten erfasst und er grundsätzlich le-  
benslang vom legalen Einwanderungsverfahren ausge-  
schlossen werden.
- 35 b. Kleinere Einzelheiten: Das Punktesystem würde natür-  
lich zunächst diejenigen bevorzugen, die schon eine  
Arbeitsplatzzusage haben, dann die Bildung und Aus-  
bildung der Bewerber, wie Sprach- und berufliche  
Fachkenntnisse, hoch bewerten, ihre Freiheit von krimi-  
nellen Strafen voraussetzen und junge den älteren  
Bewerbern vorziehen.
- 40 c. Es sollte in den Ländern, aus denen viele Bewerber  
kommen, Bildungsinstitutionen von der EU oder den  
Kulturinstitutionen der europäischen Länder geben, die  
die potentiellen Bewerber so vorbereiten, dass sie in  
dem Punktesystem nach oben rücken können, also zu-  
nehmend auf die Einwanderung vorbereitet werden.  
45 Dies wäre eine Maßnahme im Sinne des Innenminister  
Friedrich, dass Europa den Ländern mit großem Aus-  
wanderungsdruck helfen müssten, dass in ihren Län-  
dern sich der Druck vermindert. Denn auch diejenigen,  
50 die in diesen Zentren lernen aber keinen Kontingent-  
platz erhalten, werden vor Ort wahrscheinlich zuneh-  
mend bessere Aussichten haben, eine Stelle zu be-  
kommen oder eine Firma zu gründen. Und Europa wür-  
de dem Vorwurf entgegentreten können, dass sie die  
55 Auswanderungsländer der dort aufgewandten Bil-

**Einwanderungskon-  
tingent nach Punkte-  
system. Abschiebung  
und Ausschluss von  
illegal Eingewanderten  
vom Bewerbungsver-  
fahren.**

**Kriterien für Einwande-  
rung: Die Interessen  
Europas**

**Bildung der Einwande-  
rer ist Sache der EU.  
Keine Ausbeutung der  
Bildungsanstrengun-  
gen der Auswande-  
rungsländer.**

dungskosten beraubten<sup>2</sup>.

Unter Bewerbern mit gleicher Punktezahl entscheidet das Losverfahren.

5 d. Es werden sich dennoch nicht alle potentiellen Auswanderer nach Europa auf diesen Weg des Lernens, Beantragens und Wartens auf das Losglück einlassen, sondern z.T. die Wege wagen, die jetzt immer wieder zu den Katastrophen führen. (In den USA, die ja eine legale Einwanderungspolitik betreiben, versuchen dennoch Mexikaner illegal die massiven Sperranlagen an der Grenze zu überwinden.) Denn es gibt auch in Europa Unternehmer, die gerade die hilf- und rechtlose Situation von Illegalen ausnützen und Menschen weit unterhalb des Mindestlohnes für sich schuften lassen, häufig als fliegende Händler oder auf Straßen – Arbeitsmärkten (sog. „Arbeitsstrich“) als angeworbene Tagelöhner aufgesammelt<sup>3</sup>. Dies müsste mit entsprechenden Sanktionen nicht allein gegen die illegal Beschäftigten (Abschiebung), sondern gegen die Arbeitgeber bekämpft werden<sup>4</sup>.

**Bekämpfung illegaler Einwanderung besonders bei den Unternehmen**

20 e. Ein besonderes Problem sind die Papierlosen (sans papier), diejenigen, die ihre Herkunft verwischen oder deren Heimatländer keine geflüchteten Landsleute mehr aufnehmen. Sie sitzen zwischen allen Stühlen. Sie können nicht abgeschoben werden<sup>5</sup>. Sie können sich selber meist nicht ihren eigenen Lebensunterhalt auf dem Niveau von Mindestlöhnen erarbeiten, weil sie nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Sie gefährden das System der Mindestlöhne. Sie sind ein Fremdkörper für alle Regelungen. Es gäbe wahrscheinlich Methoden, von den meisten zu erfah-

**Illegale Einwanderung kann nicht ganz unterbunden werden**

<sup>2</sup> Wahrscheinlich ist aber, dass Innenminister Friedrich dies als Alibi-Argument benutzt hat, an dem gegenwärtigen Grenzregime nichts zu ändern oder es noch undurchlässiger zu machen. Denn es ist ja klar, dass nach Jahrhunderten langer Kolonialherrschaft und vielen Jahrzehnten „Entwicklungshilfe“, während der sich die afrikanischen Staaten überwiegend nicht entwickelt haben, in dem Sinne, dass es keine Auswanderung mehr gibt, die Europäer bewiesen haben, dass sie nicht wissen, oder nicht wollen, dass sich die Entwicklungsländer von ihrer untergeordneten Abhängigkeit und Armut der Massen befreien. Wenn Entwicklungshilfe etwas bewirkt, dann meistens, dass der Auswanderungsdruck noch erhöht wird. Die Entwicklungshilfe hilft, wenn sie gut ist, dass die Kindersterblichkeit schnell sinkt und mehr Kinder überleben als früher. Bei gleicher Geburtenzahl führt das zu einem schnellen Anstieg der Bevölkerung. Europa durchlebte diese Phase überwiegend im 19. Jh.. Dies war dann auch die Zeit der großen Auswanderung nach Amerika – und der Binnenwanderung in die Städte. Die Modernisierung auf dem Lande verstärkt den Druck auf die Landbevölkerung, das Land zu verlassen. Da braucht gar nicht die erneute Ablösung der Subsistenzwirtschaft durch die Plantagenproduktion für ausländische Märkte hinzuzukommen. Diese Entwicklung verstärkt die Tendenz zur Landflucht. Da in den Städten aber nicht massenhaft investiert wird und damit dort Arbeitsplätze und Lebensmöglichkeiten geschaffen werden, herrscht auch dort hoffnungsloses Elend. Weitere Hilfen zur Modernisierung verbessern die Lage der Massen dort deswegen nicht. Also: Die Vorstellung durch Hilfen in den Auswandererländern den Push-Effekt dort zu vermindern oder gar aufzuheben ist bestenfalls eine Illusion im Kopfe von Friedrich. In die Tat umgesetzt zusammen mit weiteren Abschottungsmaßnahmen Europas aber eine Verschärfung der Verhältnisse, die zu der Lampedusa – Katastrophe geführt haben und immer erneut führen werden.

<sup>3</sup> Die Zwangsprostitution und die Zinsknechtschaft für von Schlepperbanden eingeschleusten Migranten ist hier nicht das Thema. Auch nicht die als Touristen in Europa umherziehenden Wanderarbeitern, oder die täglichen Grenzgänger z.B. von Polen nach Berlin. Diese Phänomene sind hauptsächlich mit der Bekämpfung der illegalen Arbeit unterhalb des Mindestlohnes oder unterhalb der als allgemein verbindlich erklärten Löhne zu beantworten.

<sup>4</sup> Am 10.11.2013 sagte in der Podiumsdiskussionssendung (Talk-Show) mit dem Moderator Günter Jauch im ARD-Fernsehen ab 21:45 Uhr der Polizei-Hauptkommissar aus München, Uwe Gernhöfer, sinngemäß, dass nach dem bayrischen Polizeigesetz die Polizei ohne Anlass jederzeit in ein Bordell gehen und dort Personenkontrollen durchführen könne und das auch tue – auch mit der Aufgabe festzustellen, ob dort Frauen ohne Aufenthaltserlaubnis arbeiteten und ob sie von Zuhältern oder Schleppern ausgebeutet würden. Für die Frauen, die der Polizei entsprechende Angaben machten, gäbe es auch Schutzprogramme. Solche polizeilichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen sind also in unserer Rechtsordnung statthaft. Sie könnten auf die übrigen Unternehmen in dem Sinne ausgedehnt werden. Auf Baustellen kontrolliert der Zoll ja auch immer wieder, ob die hiesigen Arbeits-, Sozial-, Aufenthalts- und Meldegesetze eingehalten werden. Solche Unternehmen, die diese Mindestlöhne, Mindestarbeitsbedingungen und entsprechende Sozialabgaben unter Ausnutzung der Zwangslage von Beschäftigten unterwandern, sind ja auch nicht besser als Zuhälter, die die Not und Unerfahrenheit junger Frauen ausnutzen, um sie zur Prostitution zu zwingen.

<sup>5</sup> Auch wenn das Asylverfahrensgesetz dies als ausdrücklichen Ablehnungsgrund benennt. Hier handelt es sich ja nicht einmal um Asylbewerber. Aber wohin mit ihnen?

ren, woher sie kommen (kasernierte Unterbringung und Überwachung aller Kommunikationswege nach draußen). Aber wenn die Länder, von wo sie aufgebrochen sind, sie trotzdem nicht mehr aufnehmen, oder man sie aus humanitären Gründen nicht zurück schicken könnte, hülfe das auch nichts mehr. Sie sind hier und man wird sie nicht los. Und wenn man sie frei umherziehen lässt, bedrohen sie das Prinzip der Mindestlöhne. Da man sie nicht verhungern, verdursten und erfrieren lassen kann, müssen sie nach den örtlichen Gegebenheiten Sozialhilfe beziehen. Wenn man sie aus Gründen der Abschreckung kaserniert unterbringt, bedrohen sie den sozialen Frieden und möglicherweise Eigentum und Sicherheit der Bürger. Engagiert die Öffentlichkeit sich, sie auszubilden und zu integrieren, dann schafft man erneut Anreiz für eine illegale Einwanderung jenseits der Quoten und dem Gefühl der Gerechtigkeit. Mit entsprechenden Abkommen mit den Herkunftsländern könnte man natürlich versuchen, eine Ausbürgerung von Staatsangehörigen aus den Herkunftsländern zu unterbinden. Aber das wird nicht für alle gelingen. Insofern bliebe ein Rest von Illegalen, die vielleicht eine Unterbringung in Lagern mit entsprechend karger Versorgung und schlechten Lebensbedingungen dem Hungertod und anderen Lebensgefahren oder Ächtung durch ihre Familie und ihren Clan im Heimatland vorziehen. Sicherlich macht es für Europa keinen Sinn, sie dauerhaft versorgen zu müssen, während legale Einwanderer, die wirtschaftlich nicht Fuß fassen können, Europa wieder verlassen müssen. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass solche illegalen Einwanderer, die nicht abgeschoben werden können, nicht wieder den Arbeitsmarkt als Billiglöhner destabilisieren. Wenn man sie behandelt, wie Australien illegale Einwanderer behandelt: Kasernierte Unterbringung auf einer Insel, dann widerspräche das wahrscheinlich den Menschenrechten, weil es wie eine Gefängnisstrafe anzusehen wäre. Sie könnte nur durch ein Gericht ausgesprochen werden. Es müssten solche Strafgesetze in Deutschland erst geschaffen werden, die illegale Einwanderung als einen kriminellen Akt definieren<sup>6</sup>. Diese Strafe müsste so drakonisch ausfallen, dass sie auf Gefängnis ohne Bewährung lauten müsste. Eigentlich undenkbar im Vergleich zu anderen Strafmaßen für erheblich schlimmere Delikte. Das würde dem Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel widersprechen. Das ist aber eine der wichtigsten Grundlagen der Zivilisation. Es gilt eben nicht Wildwest, in der ein Hühnerdieb erschossen wird. Kann ein ordentliches Gerichtsverfahren überhaupt gegen eine Person geführt werden, dessen Identität und individuelle Schuld und mildernde Umstände, wie der Leidensdruck im Heimatland und das Leiden auf dem Fluchtweg man nicht feststellen kann? Was kostet solch ein Verfahren? Steht das in ei-

<sup>6</sup> In Italien gibt es das ja anscheinend. Da ist die deutsche Öffentlichkeit empört, dass die Lebensretter, die gerettete Flüchtlinge ans rettende Ufer in Italien bringen, wegen dieser Rettung der Hilfe zur illegalen Einwanderung angeklagt werden. Auch die Bootsflüchtlinge machen sich nach italienischem Recht anscheinend strafbar. Auch in Deutschland ist illegale Einwanderung verboten und wird sanktioniert, aber nicht so drakonisch bestraft.



nem vertretbaren Verhältnis zu der Unterbringung und Verpflegung, die man ja ohnehin leisten muss?

5 Aber gegen Unternehmer, die Illegale beschäftigen, müssten mit den üblichen auch mit wirksamen Wirtschaftsstrafen, wie Einziehung des Gewinns, auch mit Berufs- und Gewerbeverbot vorgegangen werden: Ein Unternehmer oder Haushalt, der Illegale beschäftigt und dabei erwischt wird, müsste die Differenz zum  
10 Mindestlohn nachzahlen, ihm der Gewerbebeschein entzogen werden und er dürfte kein Gewerbe mehr anmelden, wegen erwiesener Unzuverlässigkeit.  
15 Es gibt natürlich viele Umgehungswege, um bei formaler Zahlung des Mindestlohnes die Einkommen dennoch weit unter dieses Niveau zu drücken. Z.B.: So hohe Akkordvorgaben, dass sie nicht zu schaffen sind, so dass die geforderte Leistung nur durch unbezahlte Überstunden erbracht werden kann<sup>7</sup>. Keine Anstellung sondern nur Verträge mit scheinbar selbstständigen Händlern, die aber so hohe Großhandelspreise zahlen müssen, dass sie z.B. als fliegende Händler nur auf einen Miniverdienst kommen. Sehr hohe Franchise – Gebühren für Franchisenehmer, denen dann kaum mehr ein Überschuss bei seinen Dienstleistungen bleibt.  
20 Scheinselbstständigkeit als Dienstleister. Werkverträge mit ausländischen „Unternehmern“, die eigentlich nur Billiglöhner nach Deutschland schaffen und sie dort unter der Regie des inländischen Unternehmens zu Löhnen des Herkunftslandes arbeiten lassen. Zusätzlich werden sie am Arbeitsort noch unter miserablen Bedingungen untergebracht und ihnen natürlich keinerlei Arbeitsplatzsicherheit oder gar Aufstiegsmöglichkeit geboten.  
25 Unterbringung in überpreuerten Wohnungen<sup>8</sup>.  
30 Hohe Zinsen für die Auslagen für Verkehrsleistungen, die von den Migranten verlangt werden. Oder völlig überhöhte Preise für Leistungen, die der Einwanderer dann abbezahlen muss etc.pp.  
35 Solche und viele andere Formen, den Mindestlohn zu unterschreiten, müssten geprüft und ggf. drastisch sanktioniert werden. Deswegen dürften nur noch unbare Zahlungsarten für Lohn und Gehalt zugelassen werden – und jeder Mensch das Anrecht auf ein kostenloses Guthabenkonto haben, auf dem dann der Lohn oder das Gehalt gezahlt werden müsste, so dass man auch zusätzlich nachprüfen kann, ob die Sozialversicherungsbeiträge abgeführt wurden. Für Minijobs müssten dahingehend einschränkende Regeln gelten, dass sie nicht zum Aushebeln des Mindestlohnes missbraucht werden können.  
40 Diese und andere Umgehungstatbestände der Verpflichtung, Mindestlöhne zu zahlen, müsste genauso  
45  
50

<sup>7</sup> Beispiel Zimmermädchen in Hotels, die häufig ein Zimmer in wenigen Minuten wieder belegbar machen sollen, wie es nicht zu schaffen ist.

<sup>8</sup> Anfang der großen Welle der Einwanderung nach Deutschland in den 60er und 70er Jahren wurde geprüft, ob die Einwanderungswilligen ausreichend Wohnraum für sich und ihre Familien hätten, bevor sie die Genehmigung des Zuzugs bekamen. Dies müsste für die Kontingent-Einwanderer einschließlich der Mietpreise und an wen die gehen, auch geprüft werden.

behandelt und bestraft werden wie das direkte Unterschreiten der Mindestlöhne. Das gilt genauso für Werkverträge, die zum gleichen Ergebnis der Unterbezahlung führen.

5 Trotzdem, das Problem kann damit zwar verkleinert aber nicht beseitigt werden. Das gilt aber für viele kriminelle Handlungen: Selbst wenn sie effektiv und konsequent verfolgt werden, ganz ausrotten kann man sie fast nie.

- 10 f. Einwanderung in die Sozialsysteme. Die legalen Einwanderer nach Quoten hätten ein Jahr Zeit, sich eine eigene Lebensgrundlage zu suchen oder zu schaffen (übernimmt jemand z.B. durch Heirat die Verpflichtung, den Lebensunterhalt des eingewanderten Partners zu gewährleisten, gilt das als Grund zum Bleiben). Gelingt es ihnen nicht, müssen sie Europa wieder verlassen. Sie können weiterhin vom Ausland aus versuchen, eine Stelle in der EU zu bekommen. Haben sie sie, dürfen sie wieder einreisen. Nach fünf Jahren selbst finanziertem Aufenthalt, bei dem jemand auch in die Sozialkassen eingezahlt hat (alle Einkommensarten müssten zur Zahlung in die Sozialkassen herangezogen werden, auch Selbstständigen - Einkommen) bekommen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Ausreisepflichtige, die in ihrer Zeit in Europa hier Kinder bekommen haben, müssen diese mitnehmen, es sei denn ein Elternteil bleibt legal hier und will und kann es hier aufziehen. Eingewanderte können Familienangehörige dann nachholen, wenn sie für deren Lebensunterhalt aufkommen können.

**Einwanderung in Sozialsysteme zeitlich begrenzen.**

#### 4. Räumliche Verteilung der Einwanderer:

- 35 a. Grundsätzlich gilt für die Einwanderer auch die Freizügigkeit. Diejenigen, die schon eine Stellenzusage haben, ziehen natürlich an den Ort ihrer Arbeit. Diejenigen, die eine Unterhaltszusage haben, wahrscheinlich auch in das Land und an den Ort, woher dieser Unterhalt kommt.
- 40 b. Diejenigen, die noch keine Anstellung gefunden haben, sollen in das Land gehen, von dem sie die Landessprache am besten können, was bei Eignungstests für das Zulassungsverfahren festgestellt wird.
- 45 c. In den einzelnen Ländern werden den Einwanderern Wohnungen zugewiesen, die leer stehen. Solche gibt es in vielen Ländern zu Hauf – auch in Deutschland. Sie werden von der Einwanderungsbehörde angemietet oder gekauft. Solche Wohnungen liegen häufig aber in Regionen, in denen es wenig Arbeitsangebote gibt. Deswegen sind dort verstärkt Investitionen für Arbeitsplätze zu tätigen. Die entsprechende Investitionspolitik muss insofern auch lenkend eingreifen<sup>9</sup>. Die Einwande-

<sup>9</sup> Hier ist nicht der Ort, eine Politik der Investitionslenkung zu entfalten. Jedenfalls sind die gegenwärtigen Formen der öffentlichen Förderung kontraproduktiv. Sie führen zu einem Subventionstourismus der internationalen Konzerne. Sie lassen sich an einem Ort ihre Investitionen von den öffentlichen Händen bezahlen, die dann ihr Eigentum werden. Sie nutzen die so erst einmal neue und produktiven Anlagen, ohne sie weiter zu entwickeln, bis sie abgenutzt und veraltet sind, ohne Modernisierungsinvestitionen. Dann schließen sie sie wieder und lassen sich an einem anderen geförderten Standort wieder eine neue Anlage auf dem dann neuesten Niveau öffentlich finanzieren – einschließlich der Ausbildung der Ar-

5 rer sollen nicht den Wohnungsmarkt in ohnehin schon  
überlaufenen Metropolen und Universitätsstädten zu-  
sätzlich überlasten. (Auch Preußen hat die Hugenotten  
aus Frankreich z.T. in wirtschaftlichen Verfallsgebieten  
angesiedelt, die dadurch auch aufgeblüht sind. Ähnlich  
sind die Regierungen in vielen anderen Ländern vorge-  
gangen und haben so leere Gebiete – wieder – besie-  
delt.) Für die Verfallsgebiete in der EU stellt Einwande-  
10 rung keine „Belastung“, sondern eine Entlastung dar.  
Sie werden durch das Gerede der Politiker von den  
„Belastungen“ erst dazu gemacht. Viele Gemeinden  
beklagen ja den Einwohnerverlust und, dass die tech-  
nische und soziale Infrastruktur nicht mehr aufrecht  
erhalten werden könne. Mit öffentlichen Mitteln werden  
15 Wohnungen abgerissen<sup>10</sup> oder „vom Markt genommen“,  
wie es so schön heißt. Was für eine Schande bei der  
Not der Migranten.

## 5. Finanzierung

Überlegungen für eine völlig geänderte Einwanderungspolitik:

- 20 a. In Deutschland sollten die legalen Einwanderer, soweit  
sie noch keine Bedarf deckende eigene Einkommen  
haben, nach ALG II bezahlt werden. Zur Deckung der  
Kosten sollte eine EU-Haushaltsstelle geschaffen wer-  
den. Die Leistungen, die innerhalb von ALG II die Ge-  
25 meinden bezahlen müssen, insbesondere Unterkunft,  
Leistungen für Bildung und Teilhabe und für Gesund-  
heit (?) sollten alle aus dem Gemeinschaftstopf der EU  
geleistet werden, auch damit die Kommunalpolitiker  
nicht ständig die Zuziehenden als „Belastungen“ be-  
30 zeichnen. Umgekehrt würden sich dann sicher Länder  
und Kommunen, die unter Abwanderung leiden, um die  
Zuweisung von Einwanderern bemühen. Allerdings  
müssten die Leistungen aus dem zentralen Topf den  
örtlichen Verhältnissen so angepasst werden, dass  
35 nicht Neid bei den Einheimischen aufkommt, in dem  
Sinne, dass die Einwanderer auf öffentliche Kosten  
besser lebten und bessere Ausbildung erhielten als sie  
selber. Die Kosten müssten aus Steuern, nicht aus der  
Arbeitslosenversicherung bezahlt werden, solange die  
40 Eingewanderten noch keine Arbeit aufgenommen ha-  
ben. Wenn sie ins Arbeitsleben eingegliedert sind und  
Beiträge gezahlt haben – sicher nach einer gewissen  
Mindestdauer - würden sie genauso wie andere Bei-  
tragszahler behandelt.

**Alle Kosten aus einem  
EU Topf bezahlen**

**Leere Wohnungen in  
Verfallsgebieten wür-  
den wieder gefüllt.**

beitskräfte genau nur für ihr Anforderungsprofil. Am geschlossenen Standort entlassen sie die so einseitig ausgebildeten und dann auch schon zu älteren Arbeitnehmern gewordenen Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit oder in von der öffentlichen Hand mit finanzierte Beschäftigungsgesellschaften mit der Kurzarbeit – Null Stunden. So etwa das Verhalten von Opel in Bochum, Siemens in Kamp-Lintfort nach einem Alibi-Verkauf an einen chinesisches Unternehmen oder Nokia.

<sup>10</sup> (im Ortsteil Tenever in Bremen allein für 30 Mio. DM)

5 b. Die Ausbildung im Heimatland der Einwanderer und die Zulassungsbürokratie wären auch europäische Kosten. Sie könnte aus den Entwicklungshilfe – Töpfen der EU Länder gespeist werden, die ohnehin eher schädlich für die Entwicklungsländer sind und überwiegend den Interessen der Geberländer dienen<sup>11</sup>. Ebenso weitere Aus- und Weiterbildung im Zielland der Einwanderer, soweit es nicht die anstellenden Betriebe und Dienststellen übernehmen.

**Quelle wären die (schädliche) Entwicklungshilfegelder – d.h. z.T. aufkommensneutral**

10 c. Die Kosten der Reise für die Einwanderer nach Kontingenten – sowohl der Ein-, wie ggf. auch der Ausreise – müsste von den Wandernden getragen werden, wenn das möglich ist. Da sie ja überwiegend Hungerleider sind, haben sie das Geld für die weite Reise ins Ziel-  
15 land meist nicht. Die EU kann sich ja nicht wie Schlepper betätigen, die die Familienclans in den Herkunftsländern auspressen, damit ein Mitglied der Familie ins vermeintlich gelobte Land reisen kann. Und diese  
20 Maßnahmen sollen ja gerade die mörderische Praxis der illegalen Schlepper und Boatpeople in legale Bahnen lenken. Die Einwanderer bekommen die Reisekosten, wenn sie sie nicht selbst zahlen können, deswegen nur als Kredit, den sie abbezahlen müssen, wenn ihr Einkommen über das Mindesteinkommen steigt. Die  
25 Abschiebekosten sind meist auch nicht einzutreiben, denn es werden ja diejenigen abgeschoben, die in Europa nicht Fuß fassen konnten. Sollte ihnen ein späterer Einstieg mit entsprechendem Einkommen dennoch  
30 gelingen, so müssten sie auch diese Reisekosten abbezahlen.

**Reisekosten auf Kredit, Austrocknung der mörderischen Schlepperrouten**

**Gewinnung junger Leute zur Rettung von Verfallsgebieten und Milderung der Folgen des demographischen Wandels**

35 Diese Vorstellung geht weit über das Übliche der Kostenträgerschaft in anderen Einwanderungsländern hinaus. Die Einwanderer in andere Zielländer wie Australien, USA, Kanada usw. müssen ja häufig außer persönlichen Merkmalen wie Bildung und Alter auch  
40 noch Geld mitbringen. Aber hier geht es ja darum, die Armutsflichtlinge von den desaströsen Gefahren der illegalen Wanderung abzuhalten und die Einwanderer an das Zielland Europa zu binden und gut integrationsfähige, junge Leute zu gewinnen, die die Belastungen unserer Gesellschaften durch den demographischen Wandel abmildern und Verfallsgebiete wieder bevölkern und aufwerten.

## B Flüchtlingspolitik, Aspekte einer

45 Gegenwärtig wird mehr über Asylpolitik als über Einwanderungspolitik geredet, weil es offiziell eine Einwanderung nach Europa nicht gibt. Die Wanderungsströme innerhalb Europas werden als Freiheit der Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes / der Freizügigkeit beschrieben. Sicher wird die Armutswanderung von Rumänien und  
50 Bulgarien nach Deutschland besonders beachtet, weil sie ab 2014 auch unter die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union fal-

<sup>11</sup> Hier ist nicht der Ort, diese meine Einschätzung der Entwicklungshilfepolitik, die inzwischen wohl Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit genannt wird, zu erörtern. Dass Maßnahmen der Exportsubventionen der EU die Entwicklung in der Dritten Welt weit mehr schaden als alle vorgespiegelten Wirkungen von Entwicklungshilfe nutzen, ist m.W. ohnehin weitgehender Konsens.

len und heute schon Zuziehende aus diesen Ländern als Gewerbetreibende Lohnuntergrenzen unterschreiten. Weil sie selber kein Anrecht auf Sozialleistungen haben, kommt es vor, dass die ganze Familie nur vom Kindergeld lebt.

5 Die von außerhalb Europas oder nicht aus dem EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) Kommenden haben kaum eine legale Möglichkeit, nach Europa einzuwandern. Deswegen wird den Flüchtlingen, die an den Grenzen und Küsten Europas um Asyl bitten, in Teilen der Öffentlichkeit pauschal unterstellt, das Asylbegehren sei ein Vorwand, sie kämen nur als Armutsflüchtlinge und wollten hier am Wohlstand Europas teilhaben. Dass es solche Fälle gibt, soll nicht bestritten werden. Insofern ergibt sich ein Zusammenhang zwischen nicht vorhandener Einwanderungspolitik und Asylbewerberzahlen. Aber u.a. deswegen habe ich ja oben für eine legalisierte Einwanderung geworben. Unabhängig davon gibt es aber auch Flüchtlinge vor Unterdrückung, Diskriminierung und Krieg, die unabhängig von einer Einwanderungspolitik aufgenommen werden müssen.

## 1. Flüchtlinge und Asylbewerber

- a. Im offiziellen Politikbetrieb ist die Norm unbestritten, dass religiös, politisch, rassistisch, ethnisch oder wegen ihres Geschlechtes oder ihrer sexueller Neigungen Verfolgte, Asyl zu gewähren ist. Und das entspricht auch allen nationalen und internationalen Regelwerken. Auch Kriegsflüchtlingen ist Aufenthalt und Schutz zu gewähren, wenn auch nicht unter dem Schutzparagrafen des Asylrechts. Da die Flucht vorm Krieg bisher im Völkerrecht kein individuelles Menschenrecht ist, wird bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen immer wieder über die Zahl der Aufzunehmenden gefeilscht<sup>12</sup>.
- b. Aber über die Definition, den Umfang, das Anerkennungsverfahren und die Art und Höhe der zu gewährenden Hilfen für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge gibt es anhaltenden Streit. Der wird bei jeder Flüchtlingswelle neu ausgetragen, weil es offensichtlich den Politikern auf die politische Couleur der Flüchtlinge ankommt. Und ob sie damit Politik machen können, z.B. ein gegnerisches System damit zu blamieren und zu destabilisieren oder Flüchtlinge aus befreundeten Diktaturen oder nur scheinbaren Rechtsstaaten des eigenen Lagers zu verunglimpfen bzw. sie als Gefahr für die eigene Sicherheit zu verdächtigen.
- c. In der Bevölkerung gibt es weit verbreitet Vorbehalte bis Gegnerschaft gegenüber Migranten aus den unteren Einkommensschichten, aus welchem Grunde immer sie sich aufgemacht haben, um in die Fremde zu gehen. Es wird pauschal vermutet, es handele sich um wirtschaftliche Gründe und politische Verfolgung werde nur als Scheinbegründung vorgeschoben, insbesondere um hiesige soziale Leistungen abzugreifen, wie Sozialhilfe oder Krankheitsfürsorge, oder um hier Arbeit zu

**Asylrecht offiziell unbestritten**

**Streit über Art und Maß der Hilfen**

**Fremdenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung werden aber auch gegen Asylbewerber und Flüchtlinge politisch ausgenutzt und bestärkt.**

<sup>12</sup> Die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Syrien, die bisher in Deutschland Unterschlupf finden, ist gemessen an den Möglichkeiten, und in Anbetracht der vielen langfristig leer stehenden Wohnungen, sehr gering.

finden und sich mit besonders niedrigen Löhnen, die aber bei sich zu Hause sehr viel mehr wert seien, auf Kosten der Einheimischen versorgen zu lassen. Es wird ihnen auch pauschal unterstellt, dass sie vermehrt kriminell und insbesondere im Drogenhandel aktiv seien. Auf dieser Stimmungslage aufbauend, werben Parteien mehr oder weniger direkt dafür, kurzen Prozess zu machen und (kriminelle) Ausländer und Asylbetrüger radikal abzuschieben. Und in jedem Fall Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt den Vorzug zu geben. Allerdings gilt schon heute, dass *„Die Arbeitserlaubnis kann widerrufen werden, wenn der Ausländer zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird“*<sup>13</sup> Es stimmt dennoch, dass Ausländer hierzulande überwiegend deutlich geringer entlohnt werden als Alteingesessene. Nur für Ausländer, die aus hoch entwickelten Volkswirtschaften wie Österreich, Schweiz oder USA kommen, gilt das nicht.<sup>14</sup>

- d. Unabhängig von allen moralischen Überlegungen sind das Asylrecht und die Hilfe für Kriegsflüchtlinge zu betrachten als eine internationale Versicherung gegen die vom Einzelnen kaum beeinflussbaren Wechselfälle des politischen Lebens. Aus der Geschichte aller Länder lässt sich ableiten, dass jeder Mensch plötzlich in die Lage versetzt werden kann, zu einer diskriminierten oder verfolgten Gruppe zu gehören oder von Kriegserignissen überrollt zu werden. Deswegen müssen alle daran mitwirken, die davon betroffenen Menschen zu retten. Es gibt eben keine kommerzielle Versicherung für Privatpersonen und Haushalte gegen politische Katastrophen. Das Asylrecht und die Hilfe für Kriegsflüchtlinge kann als solche Versicherung verstanden werden. Historisch gesehen ist es nicht so lange her, dass auch viele Deutsche diese in Anspruch nehmen mussten. Generell gilt auch für diese Gefahren - Versicherung: Man kann sich glücklich schätzen, wenn man sein Leben lang nur in sie einzahlen durfte und nie betroffener Mensch wurde, der darauf angewiesen war, Leistungen aus ihr zu beanspruchen. Gerade bei solchen Versicherungen entziehen sich aber gerne viele der Leistungspflicht.<sup>15</sup> Bei Naturkatastrophen ist die materielle Hilfsbereitschaft häufig groß. Allerdings schwindet diese meist relativ schnell nach dem Katastrophenfall dahin. Bei den in der Regel länger anhaltenden politischen Katastrophen gilt das Verhalten umso mehr, als man die Katastrophen für selbstverschuldet betrachten könnte, und ein Teil der Weltöffentlichkeit mit einer der Kon-

**Asyl- und Kriegsflüchtlingsrecht ist als eine internationale Katastrophenversicherung zu verstehen, in die man besser einzahlt, als Antrag auf Versicherungsleistung stellen zu müssen.**

<sup>13</sup> Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für ausländische Arbeitnehmer (Arbeitsgenehmigungsverordnung - ArGV) § 7 Widerruf in Verbindung mit § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder der Tatbestand des § 6 Abs. 1 oder des § 6 Abs. 2 Nr. 1 oder 3 erfüllt ist.

<sup>14</sup> Sie Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung IAB Kurzbericht 1/2013

<sup>15</sup> „Als sie die ersten Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Kommunist. Als sie die ersten Juden holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Jude. Als sie die ersten Katholiken holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Katholik. Als sie mich holten, war niemand mehr da, der seine Stimme hätte erheben können.“

Frei nach **Martin Niemöller** Zusammenfassung mehrerer mündlicher Versionen (siehe Martin Niemöller Stiftung, [16.09.2007](http://www.niemoller.org/)) Evangelischer Theologe (1892 - 1984)

fliktparteien sympathisiert oder gar paktiert. Häufig werden nicht nur finanzielle Hilfeleistungen an die Opfer erforderlich sondern auch die eigenen Lebensumstände werden hie und da durch Flüchtlingswellen betroffen.

## 2. Einige Aspekte der Flüchtlingspolitik in Deutschland<sup>16</sup> und Bremen

- a. In Deutschland ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig für die Bearbeitung von Asylanträgen. Ihren Außenstellen sind Einrichtungen der Erstunterbringung vom Bundesland – d.h. Erstaufnahmelager angegliedert. Dort müssen die Asylbewerber mindestens sechs Wochen höchstens drei Monate wohnen und sich dem Amt zur Verfügung halten, auch um bei „offensichtlich unbegründeten Anträgen“ problemlos abgeschoben werden zu können. In Bremen ist dieses Heim der Erstunterbringung das in der Steinsetzer Straße in Habenhausen. Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung tragen die Bundesländer und Kommunen – je nach Bundesland in unterschiedlichem Maß – jedenfalls nicht der Bund. Auch deswegen klagen die Bundesländer und Kommunen, dass die „Asylbewerber“ eine Belastung seien.
- b. Die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer geschieht nach dem „Königssteiner Schlüssel“. Diese Zuweisungsquoten als Prozentsatz aller Asylbewerber werden jedes Jahr neu bis fünf Stellen hinterm Komma (!) berechnet. Wesentliche Parameter sind Bevölkerungsanteil des Bundeslandes und relatives Steueraufkommen. Bremen hat im Jahr 2013 danach knapp unter einem Prozent (0,93354%) der Asylbewerber aufzunehmen. Die Verteilung bestimmter Personengruppen geschieht aber auch nach Länderschwerpunkten. Da sich einzelne Außenstellen des BAMF auf die Anträge aus bestimmten Herkunftsländern spezialisiert haben, werden Asylbewerber aus solchen Ländern auch bevorzugt den dortigen Einrichtungen der Erstunterbringung zugewiesen.
- c. In den Flächenländern werden die dem Land zugewiesenen Asylbewerber meist den Kommunen zur Unterbringung und Betreuung im Wesentlichen auch nach einem Bevölkerungsschlüssel zugewiesen. Die Kommunen erhalten Zuschüsse vom Land für die Kosten, müssen aber einen Teil der Kosten aus dem eigenen Haushalt bezahlen. Bayern betreibt die Einrichtungen der Anschlussunterbringung in den Kommunen und nicht durch sie. Im Land Bremen werden die Bremen zugewiesenen Asylbewerber<sup>17</sup> und vom Lande Bremen unterzubringenden und zu betreuenden auf

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist Herr des Verfahrens. Aber Länder und Kommunen tragen die Kosten.**

**Verteilung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge in Deutschland auf die Bundesländer wesentlich nach Bevölkerungsproporz. Bremen knapp 1% - Anteil.**

**Verteilung auf Kommunen auch nach Bevölkerung; in Bremen 80:20 auf Städte Bremen und Bremerhaven.**

<sup>16</sup> Die hier angeführten Sachaussagen beruhen auf einer Studie der „deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) bearbeitet von Andreas Müller, Working Paper 55, mit dem Titel „Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland“ Herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,

<sup>17</sup> oder andere Ausländer, die in Deutschland aufgenommen und untergebracht werden sollen oder müssen – siehe §2 des Bremischen Aufnahmegesetzes – ohne dass sie als Erwerbstätige und ihre Familien einreisen und auf Grund anderer Mittel und Rechte ihren Aufenthalt hier bestreiten.

die beiden Städte Bremen und Bremerhaven im Verhältnis 80 zu 20 verteilt.

- d. Bei der Anschluss - Unterbringung ist die Bremer Flüchtlingspolitik bemüht, die Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge nach der obligatorischen Zeit im Erstaufnahmelager, dezentral unterzubringen. Bayern kaserniert sie generell in Heimen. Bayerns Politik bezweckt offensichtlich Abschreckung und nicht Integration, solange die Anträge der Asylbewerber nicht positiv beschieden sind. In Bremen wird zumindest als Politik verkündet, den Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen so bald als möglich eine eigene Wohnung zu verschaffen und so bald als möglich mit integrierenden Maßnahmen wie insbesondere Sprachkursen zu beginnen.
- e. In Bremen werden die Einrichtungen der Anschlussunterbringung wesentlich durch sogenannte Träger / Wohlfahrtsverbände organisiert, betreut und verwaltet. In Bremen ist es häufig die Arbeiterwohlfahrt – AWO. Die Einrichtungen der Anschlussunterbringung werden von der Gemeinde bereit gestellt.
- f. Arbeitserlaubnis erhalten Asylbewerber auch erst, nachdem sie einen relativ gesicherten Aufenthaltsstatus erlangt haben, ein Jahr in Europa als Asylbewerber sich aufhalten und wenn das Jobcenter bestätigt, dass kein europäischer Bewerber für die Stelle gefunden werden kann (Vorrang für europäische Arbeitnehmer)<sup>18</sup>.

**Unterbringung nach Erstaufnahmelager: Bayern weiterhin Lager, Bremen bevorzugt Wohnungen.**

**Arbeitserlaubnis erst nach einem Jahr – nachrangig nach EU Bewerbern. Selbst Berechtigte finden kaum Arbeit.**

### 3. Bürokratie vor Menschenrechten:

- a. Immer wieder wird in offiziellen Äußerungen von der „Belastung“ durch Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge gesprochen. Z.B. des Wohnungsmarktes, der öffentlichen Kassen und gelegentlich sogar des Arbeitsmarktes. Die absoluten Zahlen der Asylbewerber, die in Deutschland leben – viele werden ja kurz nach ihrer Antragstellung zurück geschickt, leben trotz der Antragszahlen nicht lange hier – , sind gemessen an dem Millionenheer der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten verschwindend gering. Noch viel geringer ist

**Bürokratie verhindert weitgehend Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern.**

<sup>18</sup> Darstellung von Wikipedia im Internet am 11.11.13: „Ein Arbeitsmarktzugang für die nicht in § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG genannten Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (Abschnitt 5 AufenthG) ist zwar für alle Tätigkeitsbereiche, aber im Regelfall nur nachrangig möglich (Arbeitsmarktprüfung – § 39 AufenthG).

Dazu ein Beispiel: Ein Ausländer findet einen Job bei einem Arbeitgeber. Er darf aber noch nicht anfangen, sondern muss erst bei der Ausländerbehörde eine Arbeitserlaubnis beantragen. Die Ausländerbehörde gibt den Vorgang an die Arbeitsagentur weiter, die zunächst prüft, ob der Ausländer nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden soll, was insbesondere bedeutet, dass ihm mindestens der ortsübliche Lohn (wenn auch kein Tariflohn) gezahlt werden muss. Dazu muss der Arbeitgeber der Arbeitsagentur Auskunft über Bezahlung, Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen erteilen (§ 39 Abs. 2 Satz 3 AufenthG).

Die Arbeitsagentur fordert dann den Arbeitgeber auf, einen „Vermittlungsauftrag“ zu erteilen, und schickt ihm bis zu sechs Wochen lang „bevorrechtigte“ Arbeitslose (Deutsche, Ausländer mit unbeschränkter Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit). Diese Arbeitslosen müssen sich auf den Job bewerben und ggf. vorstellen, um mögliche Sanktionen (Sperrzeit, Kürzungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende usw.) zu vermeiden. Wenn der Arbeitgeber gut begründen kann, dass darunter kein geeigneter Bewerber war, somit also bevorrechtigte Arbeitnehmer „nicht zur Verfügung stehen“ (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG), erteilt die Arbeitsagentur die „Zustimmung“ zu der Arbeitserlaubnis und schickt den Vorgang an die Ausländerbehörde. Dann kann die Ausländerbehörde eine Arbeitserlaubnis für den gefundenen Job erteilen, und der Ausländer darf mit der Arbeit beginnen“. Eine Arbeitserlaubnis erhalten Asylbewerber frühestens nach einem Jahr. Diese Frist soll laut einigen Presseberichten in Europa auf neun Monate verkürzt werden.

Zeit online berichtet am 17. Mai 2013 aber, dass die Zahl der Asylbewerber mit Arbeitserlaubnis zurückgegangen ist, obwohl sich die Zahl der Asylbewerber in 2013 deutlich erhöht hat: „Obwohl die Zahl der Asylbewerber zuletzt zugenommen hat, sei die der geduldeten Ausländer mit Arbeitserlaubnis erheblich zurückgegangen, schreibt die Zeitung unter Berufung auf Angaben der Arbeitsagentur: von über 10.000 im Jahr 2007 und rund 3.700 im Jahr 2009 auf nur noch 828 im vergangenen Jahr“.



die Zahl der tatsächlich erwerbstätigen Asylbewerber. Schon nur die Verkürzung der Sperrfrist zur Arbeitsaufnahme von einem Jahr auf drei Monate hat die (ehemalige) Bundesregierung in Europa blockiert. Aber: *Menschen, die arbeiten können und wollen, dürfe nicht länger der Zugang zu Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe über Monate verweigert werden. „Zur Würde des Menschen gehört auch, dass man für seinen eigenen Lebensunterhalt sorgen darf“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes<sup>19</sup>.* Aber auch die Prüfung der Vorrangregelung für EU-Arbeitnehmer, die für den Arbeitgeber eine sechswöchige Wartezeit bedeutet, in der er ggf. immer erneut vom Jobcenter geschickte Bewerber begutachten muss, stellt eine erhebliche Hürde dar, eine Anstellung zu finden. Hinzu kommt das komplizierte Anerkennungsverfahren ausländischer Ausbildungsabschlüsse für Deutschland. Da sind so viele Stellen dran beteiligt, dass viele, die überhaupt Arbeit finden, weit unter ihrem Bildungsniveau eingesetzt werden. Unter den Asylbewerbern gibt es viele mit hoher Bildung und Verantwortung, weswegen sie sich ja für das Gemeinwohl in ihren Ländern stark gemacht haben, und deswegen in Konflikt mit diktatorischen Regimen gekommen sind.

- b. Die Verteilung auf die Bundesländer und Gemeinden wird wesentlich nach der schon vorhandenen Bevölkerungszahl vorgenommen, die Situation auf dem Wohnungsmarkt aber nicht berücksichtigt. In manchen Städten ist die Nachfrage nach Wohnungen so hoch, dass Asylbewerber, die eine Wohnung suchen, in Konkurrenz mit anderen armen Wohnungssuchenden um die wenigen billigen Wohnungen treten oder selbst dann in Lagern wohnen bleiben müssen, wenn sie nach der Landespolitik eigentlich in Wohnungen ziehen könnten. In anderen Gemeinden, auch Großstädten, gibt es einen so starken Bevölkerungsrückgang, dass viele Wohnungen leer stehen und Wohngebäude, z.T. mit öffentlichen Subventionen, abgerissen werden, um den Wohnungsmarkt vom wirtschaftlichen Verfall zu entlasten. Stattdessen könnte man dort auch Asylbewerber unterbringen. Dann wären sie keine Belastung sondern ein Segen gegen den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung, denn die Asylbewerber sind meist jung. Und gegen den Leerstand, der nicht nur den Wohnungsgesellschaften Probleme bereitet, sondern auch dazu führt, dass die öffentliche Infrastruktur nicht mehr ausgelastet wird. Sie könnte wieder genutzt werden<sup>20</sup>.

Das gilt auch für das Land Bremen: In der Bremer Innenstadt und bevorzugten Wohnvierteln gibt es einen angespannten Mietwohnungsmarkt. In Bremerhaven stehen viele Wohnungen leer. Das entspricht auch der GEWOS Wohnungsmarktstudie, die vom Bausenator mit finanziert wurde und an deren Erstellung der Magistrat von Bremerhaven mitgewirkt hat, die vielleicht etwas übertrieben bis zu 15%

**Quotenregelung nach Bevölkerungszahl ist den Politikern wichtiger als menschenwürdige Wohnverhältnisse für Asylbewerber - obwohl Letztere für die öffentliche Hand auch noch günstiger wären. Das gilt auch für Verteilung zwischen Bremen und Bremerhaven.**

<sup>19</sup> Aus MIG-Magazin Migration in Germany vom 25.7.2012

<sup>20</sup> In einigen Gemeinden muss die Kanalisation durch die Feuerwehr gespült werden, damit sie nicht eintrocknet und verstopft. Anderswo gibt es Vandalismus an leer stehenden Gebäuden und Wohnungen, Kindergärten, Schulen und anderer technische Infrastruktur. Öffentlicher Nahverkehr kann für die verbleibenden wenigen Bewohner kaum mehr aufrecht erhalten werden. Die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, deren Nachbarwohnungen leer stehen, haben deutlich steigende Heizkosten. Die Furcht vor Kriminalität in weitgehend leer stehenden Gebäuden steigt auch.

5 Leerstand prognostiziert hatte. Es werden in der Tat Wohnungen zu Mietpreisen von vier bis unter fünf Euro je Quadratmeter und Monat angeboten – auch kleine Zwei-Zimmer Wohnungen für Einpersonenhaushalte mit 40 bis 50 m<sup>2</sup> für ca. 160 bis 240 € im Monat auch von der Städtischen Wohnungsgesellschaft Stäwog<sup>21</sup>. Und die meisten Asylbewerber kommen ja in kleinen Haushalten. Aber auch größere preiswerte Wohnungen gibt es in Bremerhaven sehr viele. 10 Trotzdem werden in Bremen Asylbewerber in Turnhallen gelagert und es werden Wohncontainer aufgestellt. Die Bremer Politik stellt also diesen bürokratischen Zuweisungsschlüssel 80:20 über das Gebot, menschenwürdige Wohnungen für die Asylbewerber bereit zu stellen. Es ist überdies unwirtschaftlich, weil die dezentrale Unterbringung in preiswerten Wohnungen billiger auch für die Stadt ist, als neue Wohngelegenheiten teuer einzurichten. Und zusätzlich die dauerende Umschichtung, Umorganisation und Umzüge zu bezahlen. Das gilt besonders, wenn sonst städtische Wohnungen in Bremerhaven leer stehen.

20 Wenn Bremen die Finanzierung der Asylbewerber zu einer Landessache machte und alle Kosten aus einem Topf zahlte, würden die Haushalter der Kommunen nicht immer wieder über die Belastungen stöhnen, die die Asylbewerber brächten, sondern Bremerhaven könnte vielleicht aufhören, über zurückgehende Bevölkerungszahlen zu greinen. In Bremen bräuchte man mindestens deswegen nicht über teuren Neubau für diese Wohnungssuchenden mit niedrigem Einkommen nachdenken.

- 30 c. Die Wohnungssuche wird den Asylbewerber<sup>23</sup> durch bürokratische Regelungen erheblich erschwert. Die Wohnungskosten tragen nach gegenwärtiger Regelung die Gemeinden. Die setzen verständlicher Weise Höchstgrenzen fest, welche Kosten sie pro Haushalt tragen wollen. Darüber gibt es in Bremen eine Liste. Sie ist ziemlich kompliziert. Sie enthält nicht nur die zulässige Höchstgrenze für die Größe der Wohnung je nach Personenzahl im Haushalt<sup>24</sup>. Sondern auch Höchstpreise – und da wird es knifflig, denn die sind gestaffelt nach drei Baualtersklassen der Gebäude. Nun wissen ja nicht mal alle Vermieter bzw. deren Beauftragte, wann das Haus bzw. der Hausteil, in dem die Wohnung liegt, errichtet wurde. Liegt die Wohnung im ursprünglich gebauten Haus oder in einem Anbau oder in einem späteren Dachausbau usw. Gelten jüngst gründlich sanierten und nach neuestem Stand hergerichtete Woh-

**Bürokratische Verfahren bis zur Anmietung einer Wohnung<sup>22</sup> behindern ein schnelleres Ausziehen aus den Übergangswohnheimen und führen mit zur Unterbringung in Turnhallen und verteuern die Unterbringung der Asylbewerber.**

<sup>21</sup> Am 11.11.2013 fand ich im Immobilien Internet – Portal „Immoscout24“ 19 Wohnungsangebote mit den Merkmalen. Der Preis von höchstens 4,9 €/m<sup>2</sup> ist durch die Liste der Höchstbeträge für Miete und Belastung vorgegeben, die von den Sozialarbeitern für Altbauwohnungen bei der Genehmigung einer Miete von Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern in Bremen angewandt wird. Diese Liste ist in Überarbeitung und soll ab 1.1.2014 durch eine mit höheren Preisen ersetzt werden. Gleichzeitig fand ich dort 53 Wohnungen mit 50 bis 60 m<sup>2</sup>, deren Miete unter 5,42 €/m<sup>2</sup> lag, was die Grenze für Zweipersonenhaushalte in Altbauwohnungen nach dieser Regelung noch darstellt.

<sup>22</sup> Es wird hier und auch von der Stadt davon ausgegangen, dass alle Wohnungen in Bremen und Bremerhaven menschenwürdig sind. Wo nicht, ist das ohnehin ein Fall für die Wohnungspflege. Es gibt in diesen beiden Großstädten auch keine Lage, von denen per se behauptet werden könnte, sie seien unzumutbar. Natürlich gibt es Lagebedingungen, wie z.B. Lärm, die eine Wohnung unzumutbar machen. Das gilt dann aber für alle potentiellen Bewohner. Natürlich gibt es auch Lagen, die für bestimmte Personen nicht passen, z.B. an Durchgangsstraßen für Kinder. Da sollten die wohnungssuchenden Eltern aber drauf aufpassen. Die städtischen Behörden tun es offensichtlich nicht. Das zeigt die Einrichtung des Übergangwohnheims an der Eduard Grunow Straße – einer sehr stark und schnell befahrenen Durchgangsstraße.

<sup>23</sup> Das gilt entsprechend für Hartz IV / ALG II und Sozialhilfeempfänger gleichermaßen.

<sup>24</sup> Für 1 PHH bis 50m<sup>2</sup>, für jede weitere Person im Haushalt zehn m<sup>2</sup> mehr.

5 nungen in einem sehr alten Gebäude als Alt- oder als Neu-  
bau? Ab welchem Modernisierungsstandard gilt welche der  
Altersklassen. Die Asylbewerber, die meist Verständigungsprobleme haben, sollen das bei der Wohnungssuche  
alles erfragen? Praktisch unmöglich, wenn es nicht zufällig  
ein einfacher Fall ist.

10 Aber es wird noch schwieriger. Die Asylbewerber können  
nicht etwa eine Wohnung, die im vorgegebenen Größen-  
und Preisrahmen liegt, mieten. Sie müssen die Vermieterin  
bitten, ihnen eine Absichtserklärung zu geben, dass sie be-  
reit wäre, ihnen die Wohnung zu vermieten. Mit dieser Ab-  
sichtserklärung müssen die Asylbewerber zu ihrer Sachbe-  
15 arbeiterin beim Sozialamt gehen und fragen, ob sie das ge-  
nehmigen. Wenn sie eine Zustimmung von ihr erhalten ha-  
ben, können sie wieder die Vermieterin kontaktieren und  
um den Mietvertrag bitten. Den muss die Sachbearbeiterin  
dann in einem zweiten Kontakt prüfen und die Übernahme  
der Kosten erklären<sup>25</sup>. Dann darf die Asylbewerberin den  
20 Mietvertrag unterzeichnen. Günstige Wohnungen sind aber  
mindestens in Bremen in der Regel schnell vermietet. Wa-  
rum soll sich eine Vermieterin diese Umstände<sup>26</sup> machen?  
Also ziehen Asylbewerber aus den Übergangswohnheimen  
nur ganz langsam aus – und es müssen überproportional  
neue – und wie man weiß sehr teure – neu geschaffen wer-  
den.

25 Warum werden die Asylbewerber, die auf Wohnungssuche  
sind, nicht vom Amt mit einem Schreiben an die Vermiete-  
rinnen ausgestattet, das denen erklärt, wenn diese und je-  
ne Bedingungen erfüllt seien, dann könne die Asylbewerbe-  
30 rin die Wohnung mieten und für die bezeichneten Kosten  
würde die Gemeinde bürgen?

35 Könnte Bremen nicht selbst möglichst viele preiswerte  
Wohnungen auch in Bremerhaven anmieten und sie den  
Asylbewerberinnen anbieten. Und gleichzeitig ihnen bedeu-  
ten, dass sie die Übergangswohnheime so bald das nach  
gesetzlichen Regelungen erlaubt ist, möglichst verlassen  
und sich eine Wohnung nehmen sollen?

#### 4. Schlussbemerkung

40 Auf die öffentlich mit moralisierendem Unterton beklagte Not hin,  
dass sich viel zu wenige Vermieter bereit erklärten, Asylbewerber  
eine Wohnung zu vermieten, meldeten sich die großen Vermie-  
tungsgesellschaften, allen voran natürlich die GeWoBa, und sag-  
ten, sie wollten helfen, diese Not zu lindern. Dafür müsste aber die  
45 öffentliche Hand höhere Mietpreise berappen. Das gestand die  
Stadt den Wohnungsgesellschaften zu. Ab 1.1.2014 sollen angeho-  
bene, aber noch nicht bezifferten, Mietobergrenzen gelten.  
Bei anderer Gelegenheit haben die Politiker Bremens erklärt, dass  
sie den neuen Hafen für Offshore – Windkraftanlagen in Bremerha-

<sup>25</sup> Die zuständigen Ämter beklagen ihre Arbeitsüberlastung. Hier könnten komplizierte Verfahren vereinfacht und die Sachbearbeiterinnen entlastet werden.

<sup>26</sup> Der Autor hat einer Asylbewerberin, die nicht gut Deutsch sprach, mal versucht zu helfen, eine Wohnung zu bekommen. Als eine Vermieterin eine solche Absicht erklärt hatte, die Wohnung an die Asylbewerberin zu vermieten, gelang über drei Tage nicht der Kontakt zu der zuständigen Sachbearbeiterin im Sozialamt. Sie ging nicht ans Telefon. Sie hatte den Anrufbeantworter nicht eingeschaltet. Die Erkundigung bei einer Kollegin ergab, dass sie auch nicht im Urlaub war. Deswegen weigerten sie sich auch, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Die Nummer, von der angerufen wurde, wird in den Behörden-telefonen gespeichert und angezeigt. Ein Rückruf erfolgte dennoch nicht. Nach drei Tagen vergeblicher Versuche, Kontakt aufzunehmen, war die Wohnung anderweitig vergeben.

5 ven z.T. mit höheren Gewinnen von der GeWoBa, die Bremen ja zu  
75% gehört, finanzieren wollen. Ein Schelm, der Böses dabei  
denkt. Auch verkauft die GeWoBa Wohnungen aus ihrem Bestand  
an Privatanleger. Damit werden meist schöne Buchgewinne bei dem  
10 als private Gesellschaft geführten Unternehmen produziert. Gleich-  
zeitig wird aber darüber nachgedacht, ob die Stadt nicht Sozialbin-  
dungen für Wohnungen ankaufen sollte, weil die Zahl der Sozial-  
wohnungen ja ständig falle, obwohl der Bedarf steige. Einer Priva-  
tisierung der GeWoBa wird aber mit allen Mitteln entgegengewirkt,  
15 weil man mit ihr doch soziale Wohnungspolitik verwirklichen könne.  
Die Angestellten der GeWoBa erhalten, wie mir gesagt wurde, deut-  
lich höhere Gehälter als in vergleichbaren Unternehmen. Ihre Ar-  
beitsplatzsicherheit ist besonders hoch, und der Austausch mit Ar-  
beitsplätzen im öffentlichen Dienst besonders rege. Man sagt auch,  
20 es gäbe besonders viele SPD Mitglieder in der GeWoBa. Es ist  
doch schön, dass in einer Wohnungsgesellschaft anscheinend so  
viele so sozial denken! Und dass Bremens Politiker und Bürokraten  
nur an das Wohl der Betroffenen und nicht an das eigene denken.  
Hier herrscht immer der Unterton, an Bremens sozialem Wesen sol-  
le Deutschland genesen. Leider ist da auch häufig Heuchelei im  
Spiel. Die scheinbar wohlmeinend vorgetragenen sozialen Thesen  
lenken im Ergebnis aber Gelder der Allgemeinheit, die mit diesen  
Ideologien zahlungsbereit gemacht wird, in die eigenen Taschen.